

# Leipziger Tageblatt

und  
Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

115. Jahrgang

**Bezugspreis:** für Leipzig und Umgegend monatlich 2.00, vierteljährlich 5.50, halbjährlich 10.00, jährlich 18.00. Fernortszuschlag 0.25. Auslandsendung monatlich 3.00, vierteljährlich 8.00, halbjährlich 15.00, jährlich 28.00. Einzelhefte 0.10. Anzeigenpreis: für Leipzig und Umgegend 1.00, für Fernorte 1.25, für Auslandsendung 1.50. Kleinanzeigen 0.50. Anzeigen für die Auslandsendung 1.00. Anzeigen für die Fernorte 1.25. Anzeigen für Leipzig und Umgegend 1.00. Anzeigen für die Auslandsendung 1.50. Anzeigen für die Fernorte 1.25. Anzeigen für Leipzig und Umgegend 1.00. Anzeigen für die Auslandsendung 1.50. Anzeigen für die Fernorte 1.25.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig, des Kammergerichtes Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

**Anzeigenpreis:** für Leipzig und Umgegend 1.00, für Fernorte 1.25, für Auslandsendung 1.50. Kleinanzeigen 0.50. Anzeigen für die Auslandsendung 1.00. Anzeigen für die Fernorte 1.25. Anzeigen für Leipzig und Umgegend 1.00. Anzeigen für die Auslandsendung 1.50. Anzeigen für die Fernorte 1.25.

Nr. 110

Freitag, den 4. März

1921

## Frift bis zum Montag mittag

### Der Beschluß der Alliierten

London, 3. März. Nach einer Savasnote hat Lloyd George heute auf der Konferenz eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, die deutschen Gegenanschläge verdienten keine nähere Prüfung. Er erinnerte an die Nichterfüllung von Verträgen in Betreff der Kohlenlieferung, der Entwaffnungsbedingungen, der Zahlung von zwanzig Milliarden und der Befreiung der Kriegsschuldigen. Wenn die Deutschen bis Montag mittag nicht die Grundlagen des Pariser Abkommens annehmen, würden sofort folgende Zwangsmaßnahmen angewendet: Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf; Erhebung von Abgaben auf den Verkaufspreis der deutschen Waren in den alliierten Ländern; Errichtung einer Zollgrenze am Rhein. Hinzugefügt wird, daß etwaige Änderungen der Pariser Bedingungen nur die Art der Zahlungen betreffen dürfen, wie etwa die Herabsetzung der Jahreszahlungen von 42 auf 30.

### Die Vollmachten für die Reparationskommission

London, 3. März. Eine Savasnote besagt: Gestern Abend soll ein neues Abkommen unterzeichnet worden sein, welches die neuen Zuständigkeiten der Reparationskommission bestimmt. Die beiden Arten von Strafmaßnahmen, militärische und wirtschaftliche, von denen die ersten sofort und die zweiten in der Folge angewendet werden würden, werden begründet mit Verträgen Deutschlands gegen die Verpflichtungen des Versailler Vertrages, welche bis heute erfüllt sind, besonders in der Frage der Entmilitarisierung und der Kohlenlieferung. Eine Liste dieser angebotenen Verträge ist beigefügt. Die Savasnote geht ferner in der gleichen Weise auf die deutschen Gegenanschläge ein, wie die bereits veröffentlichte Neutermelung.

### Pariser Wünsche und Stimmungen

Paris, 3. März. Der Londoner Mitarbeiter des „Paris Journal“ hält es für nicht ausgeschlossen, daß Dr. Simons durch einen anderen Vertreter ersetzt wird unter dem Vorwand, daß Reichsminister des Innern habe bei der in London erfolgten endgültigen Formulierung der Gegenanschläge Fehler begangen, durch die die von Deutschland angebotene Gesamtlösung weniger hoch erscheint, als sie in Wirklichkeit ist. Einem in „Paris“ hält es dagegen für wahrscheinlich, daß die Deutschen auch durch ein Ultimatum der Verbündeten auf ein endgültiges Nachgeben gebracht werden, und die in Aussicht genommenen Sanktionen deshalb in Kraft treten müssen. Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ berichtet, daß Simons nach Ansicht gewisser neutraler Kreise in Berlin ganz unter dem Einfluß der von Simons geschilderten Extremisten stehe, und daß diese Extremisten einen Bruch mit der Entente erstreben. Die „Democratie nouvelle“ führt unter dem Titel „Das glückliche Ereignis“ aus, Frankreich habe allen Grund, sich über die

abnehmende Haltung Deutschlands zu freuen, da die Pariser Beschlüsse der französischen Interessen nicht entsprochen hätten. „Homme libre“ schildert die Aufregung, die gestern in den Wandelgängen des Senats und der Kammer herrschte. Im Palais Bourbon machten die Abgeordneten Lesflore und Hennessy besonders lebhaft für ihre ganz entgegengegesetzten Auffassungen Propaganda. Lesflore versuchte zu beweisen, daß die Verbündeten sofort das Ruhrgebiet besetzen müßten, da Deutschland nur für einen Monat mit Kohlen versorgt sei, und deshalb durch die Besetzung der Ruhrgruben schnell eine Entscheidung herbeigeführt würde. Hennessy erklärte dagegen, fast 300 000 französische Soldaten nach Deutschland zu schicken, solle Frankreich lieber 200 000 deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau kommen lassen.

Berlin, 3. März. (Drabbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Gegenüber der Londoner Meldung über Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt Dr. Simons kann versichert werden, daß solche Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

### Man erwartet einen neuen deutschen Vorschlag

London, 3. März. (Eigener Drabbericht.) Die „Times“ rechnet mit einem zweiten deutschen Vorschlag. „Daily Chronicle“ erwartet gleichfalls ein neues deutsches Angebot. „Daily News“ meint, innerpolitische Rücksichten hätten Simons abgehalten, ein weitergehendes Angebot zu machen. Das Blatt glaubt, daß die Dinge jetzt auf die Spitze getrieben würden; denn Harding komme morgen ins Amt, und Amerika halte die Pariser Zahlen für zu hoch und sei ein feind militärischer Zwangsmaßnahmen. Man brauche die Vereinigten Staaten für eine internationale Anleihe.

### Eine Stimme in der Wüste

London, 3. März. Als einziges Blatt bringt der „Manchester Guardian“ einen Leitartikel, worin die deutschen Vorschläge nicht rundweg abgelehnt werden, wie von den anderen Blättern. Angenommen, daß das, was Deutschland bereit sei anzubieten, und das, was die Alliierten fordern, weniger von der wirklichen Fähigkeit Deutschlands zu zahlen, als von der politischen Lage in Frankreich und Deutschland ab. Die deutsche Regierung sei nicht in der Lage, mehr zuzugestehen, als die öffentliche Meinung in Deutschland ertragen wolle. Es würden zwei Wege offen, der eine sei der Weg der Gewalt, der andere Weg sei, zu sehen, ob nicht eine Möglichkeit vorhanden ist, die augenblicklichen Schwierigkeiten zu überbrücken, in der Hoffnung, daß eine Abklärung der politischen Stimmung in einigen Jahren ein dauerndes Übereinkommen möglich mache. „Manchester Guardian“ fährt fort, das Pariser Abkommen sei in mehr als einer Hinsicht eine Abwechslung vom Friedensvertrag, und wenn man es mit Gewalt durchsetze, so sei diese Gewalt ein Bruch des Vertrages. Außerdem erwähne der Friedensvertrag ausdrücklich den 1. Mai als den Zeitpunkt, nach welchem Deutschland Strafen auferlegt werden können, wenn es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Das Blatt schließt mit der Frage: Welche Hoffnung besteht, aus Deutschland mehr herauszubekommen, wenn man es zerschlägt?

## Stark und ruhig bleiben!

Das Ultimatum der Ententevertreter an die deutsche Regierung ist da: es fordert bis Montag mittag die Anerkennung der Pariser Beschlüsse als Grundlage und sieht für den Fall der Weigerung schwere Zwangsmaßnahmen vor. Diese Maßnahmen bewegen sich in der Richtung derjenigen, die der Vertreter von Savas Donnerstag schon mitteilte.

Was zu der nun einjermahen klar zu überblickenden Situation zu sagen ist, wurde seit Bekanntwerden der Pariser Beschlüsse wiederholt gesagt. Alle Parteien des Reichstages haben es gesagt und die Regierung selbst hat es durch den Mund des Außenministers wiederholt erklären lassen: die Pariser Beschlüsse sind für uns unannehmbar! Sie sind es, weil wir sie doch nicht erfüllen könnten.

So hätten wir denn die Zwangsmaßnahmen der Entente zu erwarten. Auch angesichts des jetzt am Tag auszureichenden Beginns dieser Aktion müßten wir noch einmal vor allzu eilfertigen Schlußfolgerungen warnen. Die Meldungen, wie sie vorliegen, bieten trotz aller konkreten Angaben kein genaues Bild der Vorgänge in London. Es wird da in unklarer Weise über den Begriff „Pariser Vorschläge“ herumgeredet. Die Alliierten reden von der Grundlage des Pariser Abkommens, die wir anerkennen sollen; Dr. Simons hat sich schon in seiner letzten Rede bereit erklärt, die Pariser Beschlüsse als Grundlage für die „Erörterungen“ anzuerkennen. Das ist wieder die große Frage ist, was von jeder Seite als Grundlage der Pariser Beschlüsse angesehen wird. Faßt sie die Entente so auf, daß die Zahlung der 226 Milliarden, die 12prozentige Abgabe und die Nichterrettung der bisher geleisteten 20 Milliarden als Grundlage anzuerkennen sei, dann dürfte eine Verständigung unmöglich sein. Für diesen Fall hat die Regierung vom deutschen Volke den Auftrag rein zu sagen. Faßt sie dagegen, wie die Deutschen, als Grundlage das System der in Paris ausgeübten Wiedergutmachung auf und läßt die Errechnung der zu leistenden Summe nach Abänderung der Frist und Raten zu, dann kann es sehr wohl noch bis Montag zu einer Verständigung kommen. Bitten allerdings muß sich die deutsche Vertretung, das Ententeblatt auf dem Wege einer Verschleierung durch Zahlenkunststücke doch anzunehmen. Das deutsche Volk ist nicht gewillt, in dieser Weise mit sich verfahren zu lassen und die Regierung könnte nach Beendigung der Konferenz abtreten. Aber diese Möglichkeit liegt wohl auch nur bei deutschnationalen Hehern vor.

Es braucht, wie gesagt, am Montag nicht unbedingt marschiert zu werden. Wir erkennen die Schwierigkeit unserer Situation durchaus nicht, wie Lloyd George das zu sagen beliebt. Ständen aber auch, daß er und Briand die Schwierigkeit der eigenen Lage ebenfalls nicht erkennen werden. Wenn deshalb heute aus den deutschen Zeitungen der Ruf erschallen wird: Bleibt stark! so ist er ebenso notwendig an das deutsche Volk zu richten. Und es ist ihm ein Bleibt ruhig! hinzuzufügen. Die Regierung darf das deutsche Volk nicht in die Schranken

schicken, sie darf aber ebensowenig den Weg der Verhandlungen verlassen, so lange noch eine letzte Möglichkeit der Verständigung bleibt. Erst wenn dieser Fall klipp und klar zu erkennen ist, kann sie ihre Nein sprechen und darf dann sicher sein, daß das deutsche Volk wenigstens ziemlich einmütig die Folgen der Entscheidung auf sich nehmen wird.

### Nicht über zwanzig?

Paris, 3. März. Die Wiederherstellungskommission überreichte der deutschen Regierung eine Note, in der ausgeführt wird, daß Deutschland bisher keinesfalls 20 Milliarden Mark bezahlt habe. Selbst wenn man die deutsche Handelsbilanz mit 2 Milliarden aufsehe, kämen doch nur 8 Milliarden Mark heraus.

### Der drohende Rückzug auf die Neutralen

Berlin, 3. März. Wie dem „B. Z.“ zufolge die aus dem Ausland eingehenden Nachrichten ergeben, verfolgen die neutralen Staaten die Entwicklung der Verhandlungen in London mit der größten Besorgnis. Insbesondere liegen aus einer Reihe neutraler Staaten, so aus der Schweiz, Holland und Schweden, Nachrichten vor, nach welchen die Wirtschaftslage dort einen unmittelbaren drohenden Charakter angenommen hat und man mit einer Reihe von Fallissements rechnet. Man besorgt, daß der Eintritt einer wirtschaftlichen Krise in Deutschland, wie sie unter dem aus der Inflation hervorgehenden Eindruck entstehen könnte, alsbald zu einer Katastrophe in einer Reihe der früher neutralen Länder führen würde. Vieles besteht die Empfindung, daß die Arbeitslosigkeit und Produktionsrückgang, die in den Ländern schon jetzt eingeleitet haben, alsbald laminarartig anwachsen würden. Die unmittelbare Interessiertheit dieser an den Verhandlungen in London ansethrend unbeteiligten Länder kommt dadurch immer deutlicher zum Ausdruck, und es wird immer klarer, daß in London nicht über Deutschland, sondern über Europa verhandelt wird.

### Rheinlandkommission und Rheinlandinteressen

Köln, 3. März. Wie in der Presse gemeldet wurde, hat sich die internationalisierte Rheinlandkommission entschlossen, verschiedene Persönlichkeiten zu bestimmen, die als besonders geeignet erachtet wurden, die moralischen, geistigen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der besetzten Gebiete zu vertreten. Zweck der Besprechungen sollte sein, der Rheinlandkommission Wünsche und praktische Vorschläge zu unterbreiten. Die erste Zusammenkunft hat am 1. und 2. März in Köln stattgefunden. Die Rheinlandkommission hörte die Vertreter der Universitäten des linken Rheinufer, des katholischen und protestantischen Bekenntnisses und der Presse des besetzten Gebietes. Die internationalisierte Rheinlandkommission beabsichtigt, gegen Mitte des Monats Vertreter der wirtschaftlichen und sozialen Interessen des besetzten Gebietes anzuhören.

\* Der neuerrichtete tschecho-slowakische Gesandte Lufar ist am Mittwoch nach Reichspräsidenten zur Entgegennahme seines Beglaubigungsscheines empfangen worden.

## Die Freiheit der Meere

Ein Beitrag zu den englisch-japanisch-amerikanischen Beziehungen.

Der amerikanische Senat hat, wie wir in der gestrigen Abendausgabe meldeten, den Präsidenten ersucht, eine Konferenz zur Prüfung der Frage der Abklärung zur See einzuberufen.

Wenn man nach Lektüre einer Festlandzeitung, etwa eines der großen Pariser Tagesblätter, zu einem englischen Blatte greift oder die auch auf dem Festlande erscheinende Pariser Ausgabe des „New York Herald“ anschlägt, ist es einem, als ob man aus der etwas dumpfen und ständigen Luft einer stillen und ruhigen Kleinstadt mit ihrem engen Horizont und ihrem kleinen Geschäftskreis in eine große Meerestadt voll brausenden Lebens kommt. Hier weht frischere Luft; die Wände des Horizontes rücken ins Weite; was dort Senfation war, wird hier Bagatelle; Konflikte, die dort wellenbrechend erscheinen, schrumpfen hier im Vergleich zu anderen, noch größeren und noch ungeheureren zu winzigen Dimensionen zusammen; vielem, was dort unendlich erschien, erscheint hier plötzlich dort vergeblich gesuchte Ursachen und Gründe. Wir haben uns auf dem europäischen Festlande vielleicht immer noch zu wenig daran gewöhnt, daß Europa nicht mehr die Rolle spielt wie 1914, daß Europa nicht mehr die Welt, und daß die Welt wohl für immer vorbei ist, da ein Balkankonflikt oder ein ermordeter österreichischer Erbsprinz die Welt in Flammen setzen konnte, daß unsere europäischen Konflikte nicht mehr jene weltentscheidende Wirkung wie vor 1914 besitzen und daß andererseits auch unsere europäischen Sorgen und Ängste nicht mehr Weltfragen und Weltakte von gleicher Wichtigkeit und gleicher Bedeutung sind.

Auf dem Völkerbundskongress in Genf trat diese Wendung der Dinge in den Reden der einzelnen Abgeordneten und in der Stellungnahme von Staaten wie Australien und Kanada zu den wirtschaftlichen Fragen sehr stark in Erscheinung. Wir vergessen deswegen bei unseren Erörterungen der wirtschaftlichen Krise, für die man jetzt in London eine Lösung finden will, daß die letzte und endgültige Entscheidung dort ganz sicherlich noch nicht anfallen wird, und daß diese Entscheidung nicht mehr in Paris und nicht mehr in Berlin, und überhaupt nirgendwo auf dem europäischen Festlande fallen wird, sondern weit draußen auf den Wassern zwischen Falmouth und New York, zwischen San Francisco, Sydney und Yokohama. Uns in Paris, Berlin und Rom ist jetzt die Entschuldigungs- und Abklärungsfrage erste, einzige und wichtigste Lebensfrage. Sie allein beherrscht das politische Denken, die politische Diskussion. Aber schon in England drängen sich andere Sorgen den Staatsmännern auf und die Sorge um die deutsche Entscheidung ist nicht mehr die eine und einzige, sondern eine neben vielen anderen.

England, das bis 1914 unverwandt nach Wilhelmshaven und auf die deutschen Küsten hinausströmte, wo eine neue Flotte emporkam, hat jetzt bereits eine Halbseewendung vorgenommen. Nur mit einem Auge sieht es noch auf den europäischen Kontinent, das andere schaut nach Westen — und dort erblidet es immer zahlreicher in die Höhe wachsende Schiffsmaaten, dort glaubt es zu sehen, wie sich die Flotte anfängt klar zu machen, deren Ausfahrt dereinst das Ende der gänzlich unumschränkten Seemacht eines Volkes sein könnte. Amerika beginnt trotz Völkerverwandtschaft und trotz Sprachengemeinschaft unheimlich zu werden — fast so unheimlich, wie ihm Deutschland vor 1914 geworden war.

Auch trotz aller Waffenbrüderschaft im großen Kriege. Warum trat Amerika in den über 2000 Jahren des Vorkriegs in denen der Schmerz über das vergebliche Opfer dreißigjähriger rastloser Bemühungen nachstiftet, weil politisch engstirnige, aber willenskräftige Generale einer gewissen deutschen Regierung trotz ihres Widerstrebens den U-Bootkrieg und damit auch Wilson den Krieg aufzwangen. Der empfindliche Stolz und der in Deutschland allzu häufig übersehene Idealismus des jungen, rasch gewachsenen Volkes konnte sich die Verpönerung der freien Meeresstraßen in so brutaler Form nicht bieten lassen. Und doch war es trotz aller Kriegsbegeisterung, in die sich die Politik sehr wenig gekullten und wenig weltbedenkenden Massen Amerikas hineintreiben ließen, eine merkwürdige Bunde-Genossenschaft, in die Wilson sein Volk führte. Eicherlich war der U-Bootkrieg ein Schlag gegen die Freiheit der Meere — aber Deutschland verspreizte doch nur aus Zwang und nur vorübergehend diese Freiheit, es hob sie auf, um sie dadurch eigentlich, wie es sein Ziel war, bei Friedensschluss erst wirklich herzustellen. Denn zu Deutschlands Kriegszielen gehörte es ja, die Allseeherrschaft Großbritanniens über die Meeresstraßen zu brechen. Der italienische Historiker Guglielmo Ferrero machte kürzlich in einem seiner fesselnden Aufsätze im „Secolo“ darauf aufmerksam, daß Amerika eigentlich als Feind seiner Alliierten und als Allierter seiner Feinde in den Krieg getreten sei. Amerikanische Truppen und amerikanisches Geld halfen Englands Allseeherrschaft zur See in höherem Grade denn je festigen und 1918 schon war Wilsons Politik zerbrochen, der Völkerbund wie er selbst schon zerbrach, als England jede Diskussion der Meeresfrage in Versailles ausschloß. Wilsons Triumphzug durch Londons jubelnde Straßen war nur ein dürftig dekadenter Mantel der alles vernichtenden Niederlage in den Zimmern von Downing-Street.

Hier liegen die tiefsten Gründe für die Weigerung des amerikanischen Volkes, die Abkommen Wilsons in Paris zu ratifizieren und in den zu Versailles geschaffenen Völkerbund einzutreten, der seiner heutigen Organisation nach das Resultat des Weltkrieges verewigen will. Und dieses Resultat heißt: die Befreiung und Befestigung von Englands Herrschaft zur See. Stärker bedroht als 1917 durch den unumschränkten U-Bootkrieg ist heute Amerikas Handel und Schifffahrt, und bestiger und ungeschmähter als je wird deswegen auch stärkere und schnellere Fortsetzung der 1916 beschlossenen Rüstungen als einziges Frieden

es

Aktion von Pöge (auch...)

Differenzen Krause &...)

Werte...)

Werte...)

Werte...)

Werte...)

Werte...)

Werte...)



verbürgendes Mittel allenthalben zwischen Washington und San Francisco gefordert. Selbst gleich klingende Reden, die heute Mr. Daniels in Washington hält, und jene schon halb vergessenen, mit denen Wilhelm II. einstmals in Hamburg und Kiel und Tirpitz in Vortragsveranstaltungen und Festsitzungen den Ausbau der deutschen Flotte zur Sicherung des Friedens verlangten. Und schüchtern fast verklungen, wie auch der einst bei uns in Deutschland, die mahnenden Stimmen, die vor dem Abzug ab in die allseitige Friedensbürgschaft starker Rüstungen warnen. Welterfüllung führt zum Niedergang Europas. Soll gleiches Weltfrieden, gleicher Wohlstand, gleiche Zukunft für die Welt, Konflikt der Seemächte führen?

Aufrichtige Abrüstung verlangt Washington als Entgelt für die Einstellung des Programms von 1916. Das heißt mit anderen Worten die Anerkennung jenes Grundgesetzes von der Freiheit der Meere, die man im Winter 1918 Wilson verweigerte. Auch England spricht von Abrüstung; aber nicht freiwillig ruft es in Amerika wie auch bei uns bereits, als Fürst Balfour vor der zweiten Friedenskonferenz im Haag jede Diskussion eines gleichartigen Vorschlags verweigerte; England will seine Superiorität zur See erhalten; das ist der Grund seiner Abrüstungspolitik! Aber Amerika hat, als erste Nation der Erde, ein natürliches Recht auch auf die erste Flotte aller Welt.

Japans Weigerung — wie weit steht sein Verbündeter in London dahinter? fragt man in Washington —, auch nur an Einhalt der Abrüstungen zu denken, steigert die Schärfe des Konfliktes und erhöht das Mißtrauen in der Ehrlichkeit des englischen Abrüstungsvorschläge trotz der Versicherungen, das vor der Erneuerung stehende englisch-japanische Bündnis erfordere keine Waffenhilfe gegen Amerika. Denn Japan und England gegenüber fühlt man sich unterlegen; beide zusammen kann man nicht überbieten. In Amerikas beste Waffe Englands (und Frankreichs) Verschuldung, um über England auch Japan zur Rüstungseinschränkung zu zwingen, so ist die Englands sein Bündnis mit Japan. Amerika fürchtet eben eine Umklammerung von Osten und Westen, wie sie auf Deutschland 25 Jahre lang wie ein Alpdrück lag. Allerdings wird andererseits auch England nicht, wie Herr Tirpitz in seinen Amerika-Artikeln in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ kürzlich meinte, den tertius gaudens spielen, wenn Japan und Amerika zusammenrollen; das könnte den Anfang vom Ende des britisch-empire bedeuten, denn Kanada und noch unendlich mehr das sich so stolz seiner weißen Rasse rühmende Australien werden Washingtons natürliche Verbündete gegen alle Pläne der Gelben im Pazifik sein.

Die Weltpolitik hat Europa den Rücken zugekehrt. Die Entscheidung der letzten Differenzen zwischen Amerika, England und Japan, deren Kernpunkt die Frage ist, ob auf den Meeren wie im 19. so auch im 20. Jahrhundert allein Englands Flagge an erster Stelle wehen soll, wird auch über die Durchführung dessen entscheiden, was man in London beschließen sollte — sei es, was es wolle. Der Zeitpunkt ist weniger denn je für endgültige Beschlüsse geeignet, am wenigsten für solche, die den Lauf der geschichtlichen Entwicklung 42 Jahre lang aufhalten wollen, weil Frankreich — immerhin doch ein Staat zweiten Ranges und ein kleiner Teil dieser Erde — sich nur dadurch am Leben erhalten zu können glaubt, daß es einem anderen Teil das Blut ausaugt; denn die Welt ist nicht aus Schlaf gemacht, wie es Spitzbüßerhaft ein Sohn dieses gleichen Frankreichs einmal ausdrückte.

### Freie Bahn für das Verfahren gegen Erzberger

Berlin, 3. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Geschäftsausschuss des Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung in der Steuerangelegenheit Erzberger auf das dringende Ersuchen Erzbergers hin die Immunität des Abg. Erzberger für diesen Fall aufzuheben. Der Beschluß wurde gegen 4 Stimmen gefaßt.

### Die Landwirtschaftliche Woche

Berlin, 3. März. Am Montag hat in Berlin die große Landwirtschaftswoche begonnen. Hierzu fanden mehrere geschlossene Sitzungen statt, in denen hauptsächlich rechtliche und rein fachliche Angelegenheiten besprochen wurden. Eifersprach in der Vängerbildung Rütergerichtsbesitzer Schüring aber neuzellige Dinge tragen. Er wies auf die verschobenen Vorschläge zur Verbilligung der künstlichen Düngemittel hin, die er aber alle für aussichtslos hielt, weil unter vorzeitigem Staat keine Mittel dafür zur Verfügung habe. In der Generalversammlung der Vereinigung zur Hebung des Zuckerrübenbaues forderte Professor Honkamp-Rosch die Forderung des Anbaues von Zuckerrüben die Freigabe der Zuckerwirtschaft. Endlich nahm der Reichsverband deutscher Gemüsegärtner

### Die Eule

Von Eduard Herold.  
 Einiges Tages war der liebe Gott besonders guter Laune und er wollte einem seiner Heiligen, die seinen Thron umstanden wie die Planeten die Sonne eine Freude machen. An der Reize war Franz von Assisi und der Heilige hat also: Herr, wenn ich eine besondere Gnade haben will, so zeichne den schönsten Vogel der Schöpfung mit ein paar glänzenden Worten aus. Du weißt ja, die Vögel waren auf Erden meine liebsten Freunde.  
 „Dein Wunsch sei erfüllt!“ sprach der Herr und sandte die Eule, die als der klügste Vogel galt, aus, sie solle ihren schönsten Kollegen vor seinen Thron bringen. Die Eule war über den ehrenvollen Auftrag hoch erfreut und machte sich auf den Weg.  
 Sie durchflog alle fünf Erdteile, konnte aber nicht schlüssig werden. Dann kaufte sie sich „Strems Erlebnis“, um durch den blühenden Vergleich ein gerechtes Urteil zu fällen. Und das vergebens.  
 Dann wandte sie die Eule an die Zoologen aller Universitäten der Welt. Denn sie wachte ja von ihrer Vaterstadt Athen, daß an der Universität die Klugheit und Sachlichkeit zu Hause ist. Aber auch das führte zu keinem Ziel. Jeder Professor nannte ihr den Vogel als den schönsten, aber den er gerade eine Spezialarbeit geschrieben hatte oder schreiben wollte. (Wenn einen Vogel hat je ein jeder.)  
 Jetzt mußte sich die Eule wieder auf ihr eigenes Urteil verlassen. Sie suchte monatelang, jahrelang und beachte schließlich — ihren Jungen vor Gottes Thron. „Vergib, Herr, ich habe keinen schöneren Vogel gefunden!“  
 Und Gott der Herr grüßte der Eule nicht, denn der Mutterliebe verzehrt er alles.

### Sturm und Dranghölle. Unser Mitarbeiter schreibt uns aus Berlin:

Ein lustiger Berliner Theatermann mit Wangenrötlichkeit und Unternehmungsgeist der bourgeois-badaisliche Fritz Ebers, gründet eine Sturm- und Dranghölle mit dem weimarischen entzündenden Sölden des Deutschen Opern-Clubs als Schauplatz. Da Carl Hauptmann verstarbt, spielt der Direktor irgendeinen unerschöpflichen, doktrinarischen Kriegskriegler des Dichters (Genie und Geistes) zur Gründung. Das zweite Stück des Abends, noch weniger Sturm, noch weniger immerer Drang, ist — was hätte unserem heiligen Sturmen nicht! — eine moralische Entree aus der Feder des vor 122 Jahren von dieser Erde abgereisten Heinrich Leopold Wagner. (Passierte an Abend seiner Apokalypse“ hieß die Literaturredaktion.) Fritz Ebers entdeckt gern — vor einiger Zeit den „Agollon“ des Verlegers: das konnte Teilnahme erregen — jetzt eine kleine Horde Dilettanten für die Berliner Theateröffentlichkeit. Nicht war doch er Gelegenheits gibt, auf das Material eines Mimens erneut hinzuweisen, der seit Jahren ziemlich ignoriert wird; so sei Ausdrücken gefügt,

eine Entschleunigung an, in der die staatlichen Mittel zur Hebung des Gemeinwohlens, sowie Verbilligung der Eisenbahn-Frachtätze für Gemüse gefordert werden.

Heute findet die Landwirtschaftswoche ihren Höhepunkt in der ersten Tagung des Reichs-Landbundes im Circus Busch. Das Hauptreferat hält der Vorsitzende des Bundes Dr. Roscher.

### Annahme des Amnezie-Antrages im Landtage

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung)

In der heutigen Sitzung des Landtages erhaltete Abg. Müller (Unabh.) den Bericht des Rechtsausschusses, worin beantragt wird, den Antrag Werner (Dnall.) auf sofortige Vornahme der Gemeindevahlen abzulehnen und die Regierung zu ersuchen, die Reform der Gemeindeverfassung so zu beschleunigen, daß die Wahlen zu den Gemeinderäten erst im Herbst d. J. vorgenommen werden können.

Abg. Beutler (Dnall.) begründet noch einen Minderheitsantrag, worin gefordert wird, daß die vor dem 10. Februar 1919 gewählten Gemeinderäte sofort neu gewählt werden sollen.

Abg. Bänger (D. Vpt.) begründet einen anderen Minderheitsantrag, daß sofort ein Gesetz vorgelegt werden möge, wodurch die Gemeinderäte geregelt werden.

In der Abmimmung werden beide Minderheitsanträge abgelehnt und der Antrag des Rechtsausschusses angenommen.

Sodann erhaltete Abg. Dr. Wagner (Dnall.) den Bericht des Rechtsausschusses über die Änderung der Geschäftsordnung des Landtages, worin gefordert wird, die Geschäftsordnung der ehemaligen Volkshammer mit einigen Änderungen als Geschäftsordnung des neuen Landtages in Kraft treten zu lassen. — Wegen die Stimmen der Kommunisten wird der Antrag angenommen.

Endlich steht noch der Bericht des Rechtsausschusses über die unabhängigen und kommunikativen Anträge auf Erlass eines Amneziegesetzes zur Beratung. In dem Antrage wird beantragt gefordert, daß den Personen, die bis zum 31. Dezember 1920 Hochverrat gegen den Freistaat Sachsen oder Verbrechen oder Vergehen in Bezug auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte begangen haben, Straffreiheit gewährt werde, ebenso Straffreiheit für die Handlungen, die bei den verübten Verbrechen in Sachsen begangen wurden, und Einzelbegnadigungen für die Delikte, die unter dem Drucke wirtschaftlicher Verhältnisse und gesellschaftlicher Kämpfe verübt wurden. Der kommunikativen Antrag geht, wie wir seinerzeit meldeten, noch weiter und fordert sogar Amnezie für gemeine Verbrechen und Vergehen, soweit sie nur irgendwie mit politischen Vorgängen in Zusammenhang gebracht werden können.

Nachdem der Kommunisten Reaner noch einmal kurz den kommunikativen Antrag begründet hat, wird über die beiden Anträge abgestimmt. Der unabhängige Antrag wird mit 47 sozialistischen gegen 43 bürgerliche Stimmen angenommen. Während der kommunikativen Antrag abgelehnt wird.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Freitag, den 4. März, vormittags 10 Uhr.

### Aus den Landtagsausschüssen

Δ Dresden, 3. März. (Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.) Der Haushalt-Ausschuß A beriet über die Neuordnung der Kinderzulagen für Beamte. Mit 11 sozialistischen gegen 10 bürgerliche Stimmen wurde abgelehnt, die Kinderzulage bis zum 21. Lebensjahre auszuheben und die Rückwirkung bis zum 1. April 1920 zu bewilligen. (Die Regierungsvorlage bewilligte nur rückwirkend bis zum 1. Januar 1921.) Die bürgerlichen Parteien behielten sich, nachdem die Regierungsvorlage angenommen worden war, einen Minderheitsantrag für das Plenum vor. Ein kommunikativer Antrag für alle Beamten, die höher besoldet werden als nach Klasse 3, zu freizehen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Haushalt-Ausschuß B setzte die Beratungen über die Erwerbslosenfürsorge fort und formulierte eine Reihe von Anträgen. Die Angelegenheit ist noch immer nicht zum Abschluß gebracht, wird aber voraussichtlich in der kommenden Woche die Vollversammlung beschließen.

In Rechts-Ausschuß wurde über den sozialdemokratischen Antrag betreffend gesetzliche Regelung des Bauarbeitergesetzes abgestimmt. Die Grundzüge wurden mit den sozialistischen gegen neun bürgerliche Stimmen angenommen. — Die Abstimmung über die Regierungsvorlage betreffend das Konkursverfahren wurde auf Antrag der Deutschen Volkspartei verschoben. Auf bürgerlicher Seite erregte die Begründung der Vorlage durch einen sozialdemokratischen Regierungsvertreter Widerspruch, der sagte, die sächsische Ehe sei ein kapitalistisches Erbschaftsrecht und müsse einer auf höherer Stufe beruhenden Platz machen.

Der Prüfungs-Ausschuß ließ die aus der Landwirtschaft eingegangenen Eingabe zur Frage der Mädchenschulbildung auf sich beruhen. Auf Antrag der Deutschen Volkspartei wird darüber in der Vollversammlung entschieden. — Die Eingabe des Sächsischen Berufsausschusses betreffend den Entwurf eines Berufsschulgesetzes wurde der Regierung als Material zur Kenntnis übergeben.

Das der ungewöhnliche Chorgesänger Ernst Ordonau, bei Weidkind, Schöne und anderwärts erprobt, seine Abgesandtheit adiger Lebensmänner und dumpe Kämpfer idiotischer Vönerjungen mit gleich stiler Klapp lambar zu machen vermag.

Schnitzers „Reigen“ in Prag verboten. Schnitzers „Reigen“ ist in Prag von der Polizeidirektion für öffentliche Aufführungen verboten worden, wird jedoch vor geladenen Gästen als sogenannte Probeaufführung gestattet.

Der Dresdner Operndirektor in Dänemark. Der Dresdner Operndirektor, der sich jetzt auf einer Konzertreise in Kopenhagen befindet, erzielte nach von dort eingetroffenen Meldungen mit seinem bisherigen Aufführungen unter Kapellmeister Pemblers Leitung glänzende Erfolge.

Die Zukunft von „Schall und Rauch“. In dem literarischen Kabarett „Schall und Rauch“ im Großen Schauspielhaus in Berlin ist die Literatur definitiv befreit worden. Gestern wurden die Verträge unterzeichnet, nach denen die Direction des Kabarets am 1. April an die Herren Martin Kettner und Herbert Kals übergeht. Demnach kommt dürfte Herr Waldau werden. Martin Kettner, früher am Metropol-Theater, ist auch Leiter des Nachmittags-Kabarets im Westballet am Kurfürstendam. Die neuen Herren von „Schall und Rauch“, das nun Her-Kabarett wird, betonen ausdrücklich, daß sie das Unternehmen in bewusster Abkehr von seiner bisherigen literarischen Richtung gegen (1) die Literatur führen wollen. Musikantlicher Leiter dürfte Herr Waldau werden. — Als literarischer Kabarett hat „Schall und Rauch“ zwei Winter durchgehalten. Schlichter ist es an seiner für ein ernsthaftes Kabarett nicht sehr günstigen Lage. Das zweite literarische Kabarett, das Berlin jetzt noch hat, „Grünen mahn“, das im alten Café des Westens erichtet ist, erfreut sich hingegen eines ausgezeichneten Geschäftsanges: Es konnte mit ganz geringen Reklamemitteln sein Eröffnungsprogramm zehn Monate lang durchhalten.

Neuer Rektor an der Hochschule Hannover. Die Hochschule Hannover-Rektor, die vom 1. April ab auch äußerlich als deutsche Hochschule anerkannt wird und die Bezeichnung „Königliche Hochschule“ führen wird, wählte zum Rektor für das Jahr 1921/22 den aus Eberswalde berufenen Oberforstmeister Schilling.

Schüler und Angestellten. Der Bundesausschuß des Bundes Deutscher Architekten hat lobend zu dem kommenden Singspiel „Vespa“ für Dresden mit folgender Entschiedenheit Stellung genommen: „Die vom Deutschen Wohlfahrtsministerium in Aussicht genommene Veranstaltung der Erziehung von Hochschüler-Projekten kann nicht als zweckmäßig erachtet werden. Es muß verlangt werden, daß solche Bestimmungen geschaffen werden, damit der Architekt mit einiger Sicherheit projektieren kann. Bei der Prüfung der Projekte ist die einschließende Mitwirkung der beteiligten Kreise sicherzustellen und die baupolizeiliche Erledigung nicht der Zentralinstanz, sondern in bestimmten Fällen zu übertragen.“ Der D. D. A. wird weiter dafür eintreten, daß bei der Neuordnung der Singspiel-Verträge gebildet werden, die aus

### Frauen in Kaufmanns- und Gewerbeberichten Deutscher Reichstag.

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Am Regierungstische Kommissare. Das Haus ist sehr schwach besetzt. Präsident Koebbe eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr und erklärt: Sollten im Laufe der heutigen Sitzung amtliche Mitteilungen über den Fortgang der Verhandlungen in London eintreffen, so wird der Reichskanzler hier erscheinen und sie der Vollversammlung mitteilen.

Das Gesetz über vorläufige Zahlungen auf die Körperschaftssteuer wird dem Steuerauschuß übergeben. Die Anleihebedingungen für das Jahr 1920 sind zur Kenntnis genommen. Die Haushaltsrechnung für 1918 wird in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Der Antrag für soziale Angelegenheiten erlaubt die Reichsregierung, in kürzester Frist eine Novelle zum Kaufmanns- und Gewerbeberichts-gesetz vorzulegen, in der den aus dem bürgerlichen Kreise hervorgegangenen berechtigten Wünschen, insbesondere aus Anlaß des passiven Wahlrechts der Frauen, entsprochen wird.

Abg. Frau Jies (Unabh.): Der Antrag sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Abg. Frau Schuch (Soz.): Nachdem gestern die Frauen zu den Ämtern der Geschworenen und Schöffen zugelassen worden sind, darf man sie von dem Kaufmanns- und Gewerbeberichts-gesetz nicht ausschließen.

Abg. Frau Behm (Dnll.): Auch die Frauen der Rechte haben unter die in Betrachtung. (Zurück links: Und die Männer?) Die meisten zum Teil noch etwas jungeln; aber auch auf Ihrer Seite (nach links) hat noch mancher etwas zu lernen. (Heiterkeit.)

Abg. Thiel (D. Vpt.) äußert Bedenken gegen den Antrag. Der sozialdemokratische Arbeitsminister hat es seinerzeit abgelehnt, das passive Wahlrecht der Frauen in eine Verordnung aufzunehmen. Jetzt machen Sie einer bürgerlichen Regierung zu, weiterzugehen als der eigene Parteifreund.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) tritt für den Antrag ein.

Abg. Frau Kusch (Fr.): Für meine Fraktion habe ich zu erklären: Das Zentrum ist in der Mehrheit grundsätzlich gegen das passive Wahlrecht der Frauen für die Wahlordnung aufgenommen. Jetzt machen Sie einer bürgerlichen Regierung zu, weiterzugehen als der eigene Parteifreund.

Abg. Frau Jies (Unabh.): Es ist kennzeichnend für die Regierung, daß bei dieser Sache die Ministerbank fest ist. (Gelächter, Ruhe: Die Minister haben jetzt Wichtigeres zu tun als Ihre Reden anzuhören! Zustimmung.)

Ein Regierungsvorträger erklärt, falls das neue Gewerbeberichts-gesetz nicht in Kürze eingebracht werde, beschlossene der Reichsbaukommission, eine Novelle zum sächsischen Gewerbeberichts-gesetz einzubringen, durch die die Frauen das Wahlrecht erhalten.

Der Antrag wird darauf gegen einige Deutschnationale angenommen. Es folgt eine längere, erregte Erörterung darüber, ob die Behandlung des Ortsklassenentwerfes des Hauptauschusses oder dem Beamtenausschuß überworfen werden soll. Es wird beschloffen, dem Beamtenausschuß die Vorbereitung des Ortsklassenentwerfes zu übertragen.

Ohne Aussprache angenommen werden Anträge des Bevölkerungsausschusses auf Vorlegung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Trunksucht und zur Schließung der noch bestehenden Bordelle.

Das Haus verlegt sich auf Freitag 2 Uhr: Anfragen, Wiederabfindung, Ergänzungsausschuß, Erwerbslosenfürsorge. Schluß 1/2 Uhr.

### Reichswehrminister und R. D. B.

Berlin, 3. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Wehrausschuß des Reichstages hatte heute seine Beratungen über das Wehrrecht des § 35 fort, der die Truppen berechtigt, an wirtschaftlichen, nichtpolitischen Vereinen teilzunehmen, was eine Anzahl von Anträgen vorlag. Gegenüber einer Erklärung des Abg. Rosenfeld (Unabh.) betont der Reichswehrminister Geyer, daß er von seinen gestrigen Mitteilungen über das Verhalten des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufsstände nichts zurückzunehmen habe. Er wendet sich gegen den Vorwurf, als ob das Wehrministerium dem R. D. B. kein Verständnis und Entgegenkommen bewiesen habe. Er erkennt die Notwendigkeit wirtschaftlicher Organisationen an, aber betont, daß diese Organisationen nicht entstehen, und Einrichtungen in militärischen Angelegenheiten von selten irgendeiner Organisation müssen zurückgewiesen werden.

Abg. Meißner (Fr.) betont, von einem Streikrecht der Soldaten könne nicht die Rede sein. Andererseits solle in den Grenzen des Artikels 133 der Reichsverfassung das Vereins- und Versammlungsrecht der Heeresangehörigen soweit als möglich gewahrt bleiben. Gegen die Vereinigung der Soldaten zu wirtschaftlichen Organisationen bestanden schwere Bedenken. Die Erfahrungen beim Kampfsport mahnten zu größter Vorsicht sowohl gegen Wirtschaftsverbände der Offiziere als auch gegen solche der Unteroffiziere und Mannschaften.

Zu einer Beschlußfassung über den § 35 und die dazu gestellten Anträge kam es heute noch nicht.

Der am Baugewerbe interessierten Kreisen zu berufen sind und die von der Baupolizei gebildet werden müssen, wenn diese Bauprojekte abzuwickeln will.

Ein Sturm gegen Maul- und Klauenseuche. Der Leiter des Postvereins, Dr. Kowig, führte in der Akademie ein von ihm entdecktes Heilmittel vor, das imstande sein soll, gegen die Maul- und Klauenseuche unempfindlich zu machen.

Archiv für Buchgewerbe und Graphik. Unter der großen Zahl von periodischen Veröffentlichungen des deutschen Buchgewerbes behauptet das im Verlage des Deutschen Buchgewerbesverbands zu Leipzig erscheinende „Archiv für Buchgewerbe und Graphik“ seine führende Stellung. Dem Programm getreu, Qualitätsarbeit in den mannigfachen Disziplinen des graphischen Gewerbes zu pflegen, bringt die Schrift auch unter der neuen Leitung von Karl Pöschel und Dr. Hauptmann, in Bestehen aus der Praxis und erlittenerdem Text von namhaften buchgewerblichen Fachschriftleitern eine vorzügliche, allgemeinverständliche Heberst über den heutigen Stand der künstlerischen und technischen Entwicklung des Buchgewerbes. Daß man auch versucht, die sozialwirtschaftlichen Verhältnisse im Buchgewerbe mehr als bisher zu berücksichtigen, entspricht einer zeitgemäßen Forderung. Die Herausgabe von Vorpfeffern, in denen besonders aktuelle Probleme, wie Messe und Buchdruck, oder die Farbe im Buchgewerbe, nach einheitlichen Gesichtspunkten erschöpfend behandelt werden, dürfte auch für die Zukunft zu empfehlen sein. Der bibliophile Charakter der Zeitschrift wird durch die graphische Kunsthandlung Pöschel & Trepte, Leipzig gewährleistet.

Im Deutschen Museum für Buch und Schrift, Leipzig, Freitag, den 12. I. (Nachmittag geöffnet von 10-4 Uhr, außer Sonntag, an dem es geschlossen ist. Sonntag von 10-1 Uhr) ist jetzt eine Ausst. neuer Graphik ausgestellt; die Blätter sind aus dem Hesperusverlag „Die Schaffenden“ entnommen.

Lehrstuhl für Buchgewerbe und Graphik. Der Lehrstuhl für Buchgewerbe und Graphik an der Universität Bonn ist der Direktor Prof. Dr. Pöschel an der Universität Bonn. — Der berrliche Oberst Dr. Pöschel ist in Bonn angekommen. — Der berrliche Oberst Dr. Pöschel ist in Bonn angekommen. — Der berrliche Oberst Dr. Pöschel ist in Bonn angekommen.

Die literarisch-graphische Monatschrift „Der Wandersmann“ ist in das 4. Jahr ihres Bestehens getreten. Sie ist in den Händen des Verlegers Dr. Pöschel, Berlin, erschienen. Die 1. Nummer ist jetzt erschienen. Sie bringt große Beiträge von Prof. Dr. Pöschel, Prof. Dr. Hauptmann und Prof. Dr. Hauptmann. Die Druckkosten der Monatschrift werden von Prof. Dr. Pöschel übernommen. Das Einzelheft kostet 4. — das Abonnement 21. — pro Quartal.

Den den biblischen Buchern. Die heute, am 4. März, in vollständig neuer Ausstattung und mit einschließlicher Wählung von „Cheron“ findet bereits 1/2 Uhr statt.











## Simons' Antwort an Lloyd George

### Der deutsche Bericht

London, 3. März. (W. I. V.) Der deutsche Bericht über die heutige Sitzung der Londoner Konferenz lautet:

Die heutige Sitzung der Konferenz begann um 12 Uhr mittags im St. James-Palast. An ihr nahmen teil außer der deutschen Delegation die englische, die französische, die italienische und die belgische Delegation. Von deutscher Seite waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann, Schröder und Lemaire, die Ministerialdirektoren Simson und v. Lesuire, der Vizekonsul Scharmer und die besonderen Vertreter Preußens und Bayerns, Oberminister Kellinger und Staatsrat v. Meinel, anwesend. Lloyd George erstens sofort nach Beginn der Sitzung das Wort, um die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge zu geben. Seine Rede hatte folgenden Wortlaut:

### Die Rede Lloyd Georges

Herr Dr. Simons und meine Herren! Meine Kollegen von der britischen und den alliierten Regierungen haben mich ersucht, in ihrem Namen mich zu der Rede, die Herr Dr. Simons am Dienstag gehalten hat, und zu dem Schriftstück, das er anschließend überreichte, zu äußern.

Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß die von Herrn Dr. Simons im Namen der deutschen Regierung gemachten Darlegungen eine ausgesprochene Herausforderung gegenüber den grundlegenden Bedingungen des Verjüngten Friedensvertrages darstellen und daß sie dementsprechend behandelt werden müssen. Die Pariser Vorschläge trafen, der Linie von Versailles und Weisheit folgend, eine wesentliche Erleichterung der Gesamtlösung des Vertrages sowohl hinsichtlich der Entschädigung als auch der Reparation. Diese Vorschläge waren in nachgiebigem Geiste gemacht worden, um eine freundschaftliche Beziehung mit Deutschland herbeizuführen. Die Gegenvorschläge spalten den Vertrag.

Die Alliierten kommen zu diesem Schlusse nicht nur aus dem Charakter der Gegenvorschläge selbst heraus, sondern auch auf Grund ihrer Kenntnisnahme der Rede, die Herr Dr. Simons in Deutschland auf die Pariser Vorschläge hin gehalten hat, und der Unterfaltung, die diesen Reden in der deutschen Presse und im Reichstag zuteil geworden ist. Eine der ersten Feststellungen, die er machte, war in einer, wenn ich mich recht entsinne, in Stuttgart gehaltenen Rede enthalten, wo er die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg zurückwies. Diese Zurückweisung fand in ganz Deutschland Beifall und kann daher als Kennzeichen der wahren Haltung Deutschlands dem Friedensvertrag gegenüber angesehen werden. Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn dieses Anerkenntnis verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.

Die Alliierten fühlen daher, daß sie die Tatsache in Rechnung ziehen müssen, daß die deutsche Regierung nur scheinbar die Anerkennung der deutschen öffentlichen Meinung die eigentliche Grundlage des Vertrages von Versailles an sich. Vorschläge, wie die durch Dr. Simons gemachten, sind einfach die notwendige Forderung aus dieser neuen Haltung. Wenn Deutschland in dieser Hinsicht seine Verpflichtungen heranzieht, sind solche Vorschläge unannehmlich. Wir müssen deshalb, ein für allemal es ganz klar aussprechen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als chose jugée behandelt wird.

Der Vertrag von Frankfurt im Jahre 1871 wurde auf die Annahme gegenteilt, daß Frankreich im Unrecht war. Jastgebeßen verlangte Deutschland nicht nur Reparation, sondern auch Zahlung der gesamten Kriegskosten durch Frankreich. Deutschland würde niemals Frankreich erhalten, jenes Urteil anzusehen, um wir müssen darauf bestehen, daß das Urteil des jetzt vorliegenden Krieges, das sich auf die erklärte Zustimmung löst der gesamten zivilisierten Welt zugehen konnte, respektiert wird. Bis Deutschland diese Lage der Dinge annimmt und darin einmüßig seine Verpflichtungen entsprechend ausfüllt, wird diese Forderung vergeblich sein. Eine genaue Prüfung der in Deutschland gehaltenen Reden und der in der deutschen Presse erscheinenden Artikel, hat mich wider Willen, sehr wider Willen zu dem Schluß getrieben, daß Deutschland nicht im geringsten den wahren Charakter der an es gerichteten Forderungen erfüllt. Ich verfolge dies sehr genau. Die deutsche Propaganda hebt unter dem Eindruck, daß unsere Forderungen eine unerträgliche Bedrückung darstellen und bestimmt sind, ihr großes Land zu zerstören und ihr großes Volk zu vernichten.

Esien Sie mich von vornherein sagen, daß mir ein freies, ein zufriedenes und gedeihendes Deutschland als wesentlich für die Zivilisation, und daß wir ein unangenehmes und verfallenes Deutschland für eine Bedrohung und eine Last für die europäische Zivilisation ansehen. Wir haben nicht den Wunsch, Deutschland zu unterdrücken, wir haben nicht den Wunsch, dem deutschen Volk eine Knechtschaft aufzuerlegen, wir fordern einfach, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, die es zur Reparation von Schäden an sich genommen hat, welche durch einen Krieg verursacht sind, für dessen Herausforderung seine kaiserliche Regierung verantwortlich war.

Im Frankfurter Vertrag legte Deutschland den Grundstein und handelte danach, daß die Nation, welche für die Herausforderung zu einem Kriege verantwortlich war, die Kosten des Krieges bezahlen müsse. Wir verlangen nicht die Kosten des Krieges, nicht einen Großen. Wir geben nicht so weit, wie der Grund der Frankfurter Verträge. Die Kriegskosten der alliierten Länder insgesamt sind so ungeheuer, daß es ganz unmöglich sein würde, von irgendeinem Lande, irgendeinem einzelnen Lande ihre Ertragung zu verlangen. Das vergewaltigen wir uns in der Tat. Das müssen wir uns selbstständig vergewaltigen. Wir alle können unter einer Last von Steuern zur Bezahlung von Schulden, die wir eingegangen sind, um uns in diesem Kriege zu verteidigen. Seine sämtlichen Kosten einem Lande aufzubürden — darüber sind wir uns klar — würde ein unmöglicher Versuch sein. Wir haben daher mit Bedacht im Frankfurter Vertrag von Deutschland nicht verlangt, eine einzige Papiermark für die Kosten zu zahlen, die die alliierten Länder bei ihrer Verteidigung in diesem Kriege auf sich genommen haben. Was haben wir denn dann von Deutschland verlangt? Ich meine, es ist wichtig, daß die deutsche Verantwortlichkeit durch den Charakter unserer Forderungen besteht, denn ich bin sicher, daß sie nicht richtig einsehbar. (Schluß folgt.)

Da bei Redaktionsluß der Schluß des Wortlautes der Rede von Lloyd George nicht vorliegt, beschränken wir uns auf die Wiedergabe des gekürzten amtlichen Berichtes, in dem es heißt:

In längeren Ausführungen schilderte Lloyd George die Verwicklungen und Zerstörungen, die in den alliierten Ländern, besonders in Frankreich angerichtet worden seien, und die nur zum geringen Teile von kriegerischen Operationen herrühren. Die Alliierten seien demnach genötigt gewesen, die deutschen Gebiete vorgebrachten Einwände gegen die Pariser Beschlüsse in vollem Ernst zu prüfen. Wenn Deutschland 3. B. eine Verhinderung der Zahlungsscheine von 42 Jahren gefordert oder anstatt der 12prozentigen Ausgabegabe eine kleinere Bedürfnissen entsprechende gleichwertige Maßnahme vorgeschlagen hätte, so hätte

hierüber gesprochen werden können. Im übrigen müsse er aber feststellen, daß die deutschen Gegenvorschläge als Grundlage einer Besprechung oder Prüfung völlig ungeeignet seien, im Gegenteil eine Verleumdung und Herausforderung der Alliierten bildeten. Verlässliche man, daß Deutschland schon die Forderungen in dem Friedensvertrage von Versailles versteht, so müße man zu der Forderung kommen, daß die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen wolle oder, was noch schlimmer sei, die Kraft nicht habe, ihren Willen durchzusetzen. Angesichts dieser Sachlage habe er namens der Alliierten die deutsche Regierung aufgefordert, bis Montag Mitteilung zu machen, ob sie die Pariser Beschlüsse annehme oder Gegenvorschläge unterbreite, die eine so wertvolle Ausführung der aus dem Friedensvertrag Deutschlands obliegenden Verpflichtungen sicherstellen. Anderfalls würden 1. Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf sofort besetzt werden, 2. die Alliierten von ihren Parlamenten die Genehmigung einholen, von jeder Zahlung für Waren aus deutschen Lieferungen einen prozentualen Abzug für Reparationszwecke einzubehalten, 3. Ne an der Westgrenze eingebundenen Zollvereinen unter Aufrechterhaltung des deutschen Zollsatzes beschlagnahmt und eine neue Zollgrenze am Rhein errichtet werden, an welcher nach den Feststellungen der Interalliierten Rheinlandkommission Export- und Importzölle erhoben werden, Lloyd George schloß seine Rede mit der Frage, ob Dr. Simons gleich eine Antwort geben wolle oder eine neue Sitzung heute nachmittag vorziehe.

### Die Antwort Dr. Simons'

Berlin, 3. März. Reichsminister Dr. Simons entgegnete, die Rede des Herrn Lloyd George werde mit der Sorgfalt geprüft werden, die ihrem Umfang und ihrer Bedeutung entspreche. Die Delegation werde die Antwort bis Montag mittag erteilen. Im übrigen legte Dr. Simons gegen die Verkennung der Absichten der deutschen Regierung durch Lloyd George Verwahrung ein und betonte, daß für die von den Alliierten angeordneten Zwangsmassnahmen nach Ansicht der deutschen Regierung kein Anlaß vorliege.

### Simons hat freie Hand

Berlin, 3. März. (Eig. Drahtber.) Wie im Laufe des heutigen Abends bekannt wird, hat die Reichsregierung bei der gestrigen Kabinettsitzung ihre auswärtige Haltung durch einen Beschluß festgelegt, durch den dem in London weilenden Außenminister Simons für die Zeit in der Frage der Londoner Konferenz völlig freie Hand gelassen wird. Es ist demnach die Verhältnis sich nicht grundsätzlich ändern, vorerst damit nicht zu rechnen, daß sich die Reichsregierung in irgendeiner Form positiv oder negativ äußert. Anzeichen, die in dieser Richtung an die Regierung im Laufe des heutigen Tages von verschiedenen Seiten gerichtet worden sind, sind deshalb durchweg abschlägig beschieden worden. Dagegen rechnet man damit, daß im Falle eines Ultimatums sich Reichskanzler Fernbach vielmehr im Laufe der morgigen Reichstagsitzung kurz zur Lage äußern wird, ohne daß dabei weitere Maßnahmen des Außenministers in letzterster Linie vorgegriffen wird.

Berlin, 3. März. Das Reichskabinett beschäftigte sich heute mit den Reden über die heutige Sitzung der Londoner Konferenz. Der Grund der vorhergehenden, noch unvollständigen Nachrichten bedrückte sich das Kabinett darauf, die Bedeutung der von Lloyd George angekündigten Maßnahmen vollständig durchzusehen.

### Teilweise Abreise der französischen Delegation

Paris, 3. März. (Eig. Drahtber.) Aus London wird gemeldet, daß der französische Kriegsminister Barthou heute mittag nach Paris zurückgekehrt ist. Der Finanzminister wird heute ebenfalls abreisen, und Brian und Loucheur nebst Gefolge werden Freitag vormittag London verlassen.

### Willkürliche Schätzung unserer Leistungen

Wie wir bereits im 1. Morgenblatt berichteten, hat die Reparationskommission der Agentur Havas eine Mitteilung über unsere bisherigen Wertleistungsmessungen zugestellt, in der es u. a. heißt:

Die Reparationskommission hat der deutschen Regierung am 26. Februar 1921 eine Mitteilung über die auf Grund des Artikels 235 des Versailler Friedensvertrages bis Ende April 1921 geleisteten Leistungen im Werte von 20 Milliarden Goldmark zugestellt. Die deutsche Regierung versicherte in ihrer Denkschrift vom 20. Januar 1921, sie habe bereits die fraglichen 20 Milliarden Goldmark bezahlt. Mit Bezug hierauf erklärte die Reparationskommission in ihrer Mitteilung an die deutsche Regierung, daß es unmöglich sei, vor Ende April eine genaue Berechnung des Wertes der bis zu diesem Termin erzielten Leistungen aufzustellen. Es sei schwierig, politische Informationen zu erhalten oder mit Genauigkeit gewisse Kategorien von Leistungen wie z. B. das nach dem Waffenstillstand auszuführende Material zu bewerten. Die Kommission bemerkt, das Verlangen, den Wert des Kapitals der deutschen Güter in den abgetretenen Gebieten Deutschland zuzuschreiben, sei gemäß Artikel 235 unzulässig. Selbst wenn angenommen werde

1. daß die deutsche Handelsflotte und das ausgelieferte Material einen Wert von zwei Milliarden anstatt eine Milliarde ausmachen,
  2. daß Deutschland alle für Rechnung der Besatzungshere für den Einbau von Lebensmittelverarbeitungsanlagen — wenn zu diesem auch keine Ermächtigung erteilt war — gutgeschrieben werden,
  3. daß alle anderen Zahlenangaben Deutschlands korrekt seien, so überstiege der ungedeckte Solde immer noch 12 Milliarden Goldmark.
- Die Kommission hat infolgedessen die deutsche Regierung aufgefordert, ihr alle zweifelhafte Bemerkungen bezüglich der Art, in der die ihren Verpflichtungen nach Artikel 235 nachkommen wolle, zu unterbreiten.

Hierzu bemerkt W. I. V.:

Diese willkürliche Schätzung der Reparationskommission entspricht in keiner Weise unseren Leistungen. Kommt es in London zu weiteren Verhandlungen, so wird diese Frage angeführt werden müssen. Auf das Anerbieten der deutschen Delegation, eine gemischte Kommission zur Nachprüfung der geleisteten Werte einzusetzen, wird verwiesen.

Grenzgegend im Saargebiet. Der Reichsrat hat am Dienstag den Beschluß gefaßt, über ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Hauptmächten über die Festlegung einiger Abschnitte der Grenzen des Saargebietes abzugeben. Es handelt sich darum, daß im Norden die Enklave von Dreilbach, die Duelle von Reuillings und die Domäne Weismüllerhof, ferner im Nordosten die Gemeinde Roschberg in das Saargebiet einbezogen werden.

### Der Lichtspalt im Ultimatum

Berlin, 3. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die politische Erörterung wird heute während des Tages beherrscht durch den Vorbericht der Agence Havas über den neuen Beschluß der Alliierten, der unter anderem Bevollmächtigten heute mittag überreicht worden ist, und durch die Reuter-Note, die eine Kritik der deutschen Gegenvorschläge gibt, und worauf die deutsche Delegation eine durch Wolffs Telegraphisches Bureau verbreitete ausführliche Antwort erteilt. Darüber hinaus wußte man hier wenig, und zwar auch in Regierungskreisen, und es wird berichtet, daß selbst die Londoner Delegation bis heute mittag nicht viel Neues mitzuteilen gewußt hat. Am Abend kamen dann die ersten Nachrichten von der heutigen Rede Lloyd Georges, durch die der Havasbericht im wesentlichen bestätigt wurde. Danach hat also unsere Abordnung ein Ultimatum erhalten, und wenn noch heute vormittag in hiesigen Regierungskreisen angenommen wurde, es würde nicht zu einem Ultimatum kommen, so hat man sich darin getäuscht.

Das Ultimatum ist mit allen Schikhanen ausgestattet und enthält nur sozuzagen einen kleinen Spalt, durch den ein Lichtschimmer zu dringen scheint, nämlich den Satz von Havas, daß über die Durchführungsmöglichkeiten des Pariser Abkommens, das allein als Grundlage der Verhandlungen dienen soll, verhandelt werden könne. Das Wort „können“ ist vorsichtig gewählt; denn man weiß auf der Gegenseite nicht, ob man darüber verhandeln wird, weil das auch von uns abhängt. Bis heute ist die Lage ja so, daß keine gemeinsame Basis vorhanden ist. Die Alliierten wollen nicht unsere Gegenvorschläge diskutieren, und wir haben das Pariser Abkommen als alleinige Grundlage der Verhandlungen abgelehnt. Eine Verhandlung scheint demnach nur auf einer dritten Grundlage möglich zu sein, und die könnte durch neue Vorschläge von deutscher Seite geschaffen werden.

Lloyd George hat zwei Möglichkeiten für Montag offen gelassen: entweder Zustimmung zu den Pariser Beschlüssen oder neue deutsche Vorschläge auf Grund des Versailler und des Pariser Abkommens. Englische Blätter, wie „Times“ und „Daily Chronicle“ rechnen mit einem neuen deutschen Angebot. „Petit Parisien“ erklärt, die Alliierten seien bereit, Abänderungsvorschläge zu den Pariser Abmachungen zu prüfen, und auch „Petit Journal“ erklärt aus London, daß unsere Delegation Montag mittag neue Vorschläge formulieren können, deren Erfolg aber nicht geringer sein dürfte, als im Pariser Abkommen vorgezeichnet sei. Wir wissen nicht, ob Deutschland binnen vier Tagen überhaupt neue Vorschläge machen können. Die Pariser Beschlüsse werden es nicht unterzeichnen, daran ist nach wie vor nicht zu zweifeln. Doch wir im übrigen unsere Gegenvorschläge eben nur als Vorschläge angesehen haben. Es ist selbstverständlich.

Die Kritik, die durch das Reuterbureau an unserer Vorschläge geübt wird, übertrifft nicht weiter. Darauf müssen wir gefaßt sein, und wir werden auch bereit sein, über den Zahlungsmodus mit uns reden zu lassen. Die Antwort auf die Kritik unserer Vorschläge, die aus den Kreisen der deutschen Delegation dem Wolffbureau übermittelt worden ist, erinnert daran, daß wir von vornherein offen gesagt haben, die Höhe der Pariser Annuitäten sei für uns unerträglich, und sie räumt ein, daß wir aus diesem Grunde den Nachschuß auf die Zinsen gefordert haben, insofern also in der Tat nicht die volle von den Alliierten geforderte Summe zahlen wollen. Aber es wird hinzugefügt, der von uns verlangte Nachschuß sei verhältnismäßig nicht bedeutend.

Es wird auch hervorgehoben, daß wir uns ausdrücklich bereit erklärt haben, die genaue Festsetzung des Wertes unserer Leistungen, die man drüber nicht auf 20 Milliarden, sondern höchstens auf 10 veranschlagen will, einer gemischten Sachverständigenkommission zu übertragen. Diese lokalen Erklärungen beweisen deutlich unseren Wunsch, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, um zu einer Verhandlung zu kommen. Von einem solchen Nachgeben aber in irgend etwas, das als Rückzug oder gar als Unfall gedeutet werden könnte, ist in dieser deutschen Erwidierung keine Spur zu finden. Es wäre denkbar, daß wir in ähnlichem Geiste uns entschließen, einen zweiten Vorschlag zu machen, der vielleicht wirkungsvoller die Höhe unserer Angebote ins Licht setzt, als es im ersten gelungen ist. Wir haben in der Tat sehr viel geboten, d. h. es ist in Deutschland niemand, der heute etwa andere Meinung über unsere Leistungsfähigkeit wäre als vor einigen Tagen. Das muß mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, falls hier und da immer noch von Volksgenossen die Frage gestellt wird, ob wir am Ende doch die Pariser Entschlüsse unterschreiben würden. Davon kann keine Rede sein, weder vor noch nach Anwendung der berühmten Sanktionen. Den Gegnern darf keinerlei Zweifel daran gelassen werden; denn jede Hoffnung auf ihrer Seite, daß wir über kurz oder lang doch schwankend oder gar uneins werden, müßte unsere Stellung unhaltbar verschlechtern. Wir dürfen gewiß das, was uns möglicherweise schon in den nächsten Tagen durch die angeordneten Maßnahmen trifft, nicht leicht nehmen, jene Drohungen nicht heutzutage, oder optimistisch behandeln in der Meinung, es werde schon nicht so schlimm werden, sondern wir müssen die Gefahr voll ins Auge fassen. Wir dürfen uns auch keinen überoptimistischen Hoffnungen hingeben, daß wir den Einmarsch der Gegner nur begründen könnten, weil wir dann von den Verpflichtungen von Versailles und Spa frei wären. Das wäre eine phantastische Katastrophenpolitik; denn durch eine solche gewaltsame Aufhebung der Verträge würde uns sicherlich nichts erpart werden. Aber wir dürfen allerdings hoffen, daß die Repressalien nicht lange aufrecht zu erhalten wären, weil die Erschütterungen der deutschen Wirtschaft auch die der neutralen und selbst der alliierten in Mitleidenschaft ziehen würden. Jedenfalls müssen wir auch in diesem äußersten Ernst der Lage fest bleiben, und namentlich darf die Heimat kein Zeichen des Wankelmutes geben, sonst wären wir durch eigene Schuld verloren.

Nun aber noch ein notgedrungenes Wort zu dem ersten Teil der Rede von Lloyd George. Wir kennen diese Sorte von Verdammtheit. Wir wissen lange, daß er genau weiß, wie es gemacht wird, und daß er seine moralischen Effekte mit Berechnung auspielt. Die Stärke seiner Entrüstung über, der er bei dieser Gelegenheit ungehemmten Lauf gelassen hat, ist diesmal doch ein Zeichen der Unsicherheit darüber, wie die Welt sein und seiner Verbündeten Vorgehen aussähen wird. Wir wissen freilich, daß nicht nur in den uns ehemals feindlichen Völkern, sondern auch bei einem Teil der Neutralen unsere Gegenvorschläge Erkennen und Entschädigung hervorgerufen haben. Dennoch scheint Lloyd George das Bedürfnis gefühlt zu haben, die gewaltsame Art des Vorgehens, das er ankündigt, den Völkern noch einmal ausgiebig zu motivieren. So zog er die alten Reifer von der alliierten Schuld Deutschlands am Kriege und warf Minister Simons vor, daß er in Stuttgart gegen diese einseitige Belastung protestiert habe. So forderte er noch einmal von all der Schuld, die wir im Kriege auf uns geladen haben sollen, und verschmähte nicht, in eine solche







Amtliche Bekanntmachungen

Nach § 4 der Reichsverordnung über Grundbesitz...

Die Bahnhofsgebühr unterliegt nicht dem prozentualen...

- 1. In das Konzessionsregister ist heute eingetragen worden...

25. Januar 1921 hat die Erhöhung des Grundkapitals...

Suffiz ist vergriffen. Die Profite des Bismarck...

Die Gemeindegemeinschaft Nr. 70 für Herrn Paul...

450,9 kg Cheviot-Garn...

Sparkasse der Stadt Grimma...

Erhöhung der Bahnhofsgebühr und Drohkübelbestellgebühr...

Familien-Nachrichten

Zu unserer Susi gesellte sich ein munteres Brüderchen...

Meine liebe Frau schenkte mir heute unser heißersehntes...

Heute nacht entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld...

Am Sonntag, den 27. Februar, entschlief nach langjährigem...

Zur Verschmelzung Hähnchen-Lüßchena-Quasnitz...

Zur Verschmelzung Hähnchen-Lüßchena-Quasnitz...

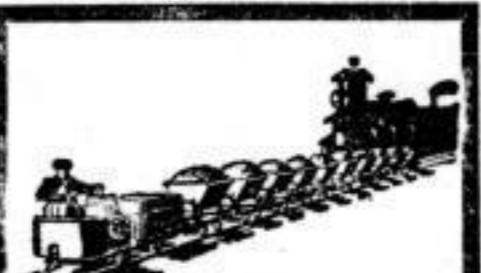
Zur Verschmelzung Hähnchen-Lüßchena-Quasnitz...

Zur Verschmelzung Hähnchen-Lüßchena-Quasnitz...

Zur Verschmelzung Hähnchen-Lüßchena-Quasnitz...

Zur Verschmelzung Hähnchen-Lüßchena-Quasnitz...

Zur Verschmelzung Hähnchen-Lüßchena-Quasnitz...



Austro-Daimler Fiat, Cyflonetten-Dinos, P. Arthur Rowald

Für den Hausbedarf, Antiquitäten, Nähmaschinen

Eisen- u. Werkzeughandlungen, Haus- und Küchengeräte

Norden, Brennholz, W. Krausch

A. u. Koniferen (Baum), Mozart z. Br.

Theaternot in Zwidau, Die Stadtverordneten beschließen...

Theaternot in Zwidau, Die Stadtverordneten beschließen...

Theaternot in Zwidau, Die Stadtverordneten beschließen...

Theaternot in Zwidau, Die Stadtverordneten beschließen...

Theaternot in Zwidau, Die Stadtverordneten beschließen...

Theaternot in Zwidau, Die Stadtverordneten beschließen...

Rognak-Versteigerung, Holz-Versteigerung

Stellengesuche, Stellenangebote

Vertreter, Verkäuferin

Günstiges Angebot! Vollheringe 1920er

Speck, Max Böckem

Blut!

Blut!

Blut!

Blut!

Blut!

Blut!

Blut!

Blut!

Blut!

Blut!

Verkäufe, Chür, Blütenhonig

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel

Pianos, Flügel



„Königs-Pavillon“

Promenadenstraße 8 — Am Thomasturm

Februar 1927

„Uraufführung für Deutschland!“

Die Aufsehen erregendste Sensation!!!

Der neueste Justiz-Film mit Unterstützung der Berliner Kriminal-Polizei:

Taschendiebe

Das spannendste Detektiv- u. Kriminal-Drama nach wahren Begebenheiten in

6 Kolossal-Akten

Emil Mamelok

Erna Morena — Maria Zalenka — Margarethe Kupfer

Die Dame mit der —

2 Akte.

— anderen Hälfte

Ab Freitag, den 11. März: Große Schlager-Operette „Wann die Liebe nicht wär“....“

„Kasino-Lichtspiele“

Neumarkt — Dresdner Hof

Erstaufführung!!

Der glücklich vom I. Teile

unabhängige und vollständig für sich und in sich abgeschlossene

II. Teil von Walter Schmidhäfters bekanntem Roman

„Arme kleine Eva“

(Gefallen, gezeichnet, verlassen und — heimatlos!)

ein ungemein packendes, aber auch ebenso spannendes und fesselndes Sitten-Drama

aus dem Leben einer mitteldeutschen Großstadt in

6 Akten. In der Titelrolle: Käthe Haak

Wally, die Stütze.

Hochkomisches Lustspiel in 2 Akten

Wochentags: Einlaß 1/5, Aniang 5, 1/7 und 1/9 Uhr.

Neues Theater. Oberon. Romantische Oper in 4 Akten, Dichtung von J. Flaubert...

Neues Operettentheater. Der ersten Liebe goldne Zeit. Operette in 3 Akten von Leo Rosner...

Lichtspiele Albertshalle. „Der maskierte Schrecken.“ „Brufal.“

KANTOROWICZ. Likör- und Wein-Handlung.

Krystall-Palast. Das glänzende Med-Programm. Alfred Schnoider's 24 Löwen...

Kammer-Lichtspiele. Heute Freitag Erstaufführung! Der 3. große Auslands-Film! Sensations-Drama in 5 Akten 5.

Licht U.T. Spiel. Ab heute: Der große zweite Film der Hella-Moja-Films 1920/21 „Aschermittwoch“...

150 Str. Seefische! Rabsau, Seelachs, Schellfisch, Bücklinge, Marinierheringe, Nordsee.

Drei Linden. Monat März täglich abends 8 Uhr: Der Riesen-Varieté-Spielplan.

Drachenfels. Chateau. Deutsche, abend 7 Uhr: Bornehmer Ball.

Vermischte Anzeigen. Schraub- u. Verstellringe, 4-5 bessere Herren und Damen, Brinat-Lanzarkel, Speisezimmer, Herrenzimmer, Elektromotoren.

KaTechnus „Korso“. KÜNSTLER-KONZERT. Ledt. Kassaplatz Jachlandt. Dir.: Georg Zaisner.

Die geheimnisvolle Tänzerin! Die geheimnisvolle Tänzerin! Cocoli Triani. Der Fluch der Vergangenheit. James Morris.







Leipziger, je nach in Leipzig eine Ortsgruppe ins Leben zu rufen...

• Oberleitender Landmannschaft. Die Landmannschaften von...

• Komitee in der Thaumastadt. Zum Gedächtnis von...

• Schiedsrichter. Die Direktion des Waldes bei...

• Gründung einer Heimstätten-Gesellschaft in Rosten. Zum Zweck...

• Aufgekommenes Dieb. In Rosten gelang es, einen 16jährigen...

• Raubmord. Der Gerber Paul Polmann aus...

ginnende Kurzeit werden schon jetzt Bauprojekte zahlreich verlangt...

• a. Worf, 3. März. Die letzte Stadtverordneten-Versammlung...

• a. Webersdorf b. Worf, 3. März. In einem Gutshofe wurde...

• Gründung einer Heimstätten-Gesellschaft in Rosten. Zum Zweck...

• Aufgekommenes Dieb. In Rosten gelang es, einen 16jährigen...

• Raubmord. Der Gerber Paul Polmann aus...

• Nächster Raubzug in eine Berliner Villa

Ein dreier Raubzug wurde in der Hildebrandstraße in Berlin...

• Gründung einer höheren Schule. In Sommerda fand eine...

• Nächster Raubzug. Aus Quedlinburg wird uns berichtet...

• Drei Personen einer Gasvergiftung erliegen. Der von der Arbeit...

• Gründung einer höheren Schule. In Sommerda fand eine...

• Rhodische Maschinenleder- und Riemenfabrik von A. Cohen...

• Neue Einfuhrverbote für Häute und Felle sowie für Brennholz...

• Reudener Ziegelwerke vormals Clemens Dehnert, Akt.-Ges., in...

• Core Maschinenfabrik vorm. Felix Hübscher, Akt.-Ges., in Liegnitz...

• Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe. Im Prospekt über die...

• Felten & Guillaume, Akt.-Ges., in Wien. Der Aufsichtsrat...

• Paradiß-Isolierröhrenwerke Max Haas, Akt.-Ges., in Reichenhain...

• Deutscher Handelskammer in Wien. In München fanden Verhandlungen...

• Aktien-Fabrik Mühlberg vorm. Knab & Löhnerdt. Nach Abschreibungen...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

Rechner in Darmstadt nicht zur Ausführung kommen. Das städtische...

• Schmalkeden, 3. März. Der von der Staatsanwaltschaft...

• 10 000 Mark Belohnung für Ermittlung der Brandstifter. Da man...

• Raub und Kind mit Gas vergiftet. Die 33 Jahre alte Frau Anna...

• Strafverfahren gegen den Fahrer der „Regen-Schar“. Wie der...

• Die Lohnbewegung bei der Firma Zeig in Jena. Die Arbeiter...

• Gründung einer höheren Schule. In Sommerda fand eine...

• Nächster Raubzug. Aus Quedlinburg wird uns berichtet...

• Drei Personen einer Gasvergiftung erliegen. Der von der Arbeit...

• Gründung einer höheren Schule. In Sommerda fand eine...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ergänzung zum Berliner Kurs am 3. März

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

• Ueberausische Wechselkurse. Rio de Janeiro, 1. März, London...

Handels-Zeitung

• Verkehrslage im Ruhrrevier. Der Eisenbahnverkehr wickelte...

• Der Wasserstand des Rheins geht anhaltend weiter zurück...

• Vom schwedischen Eisenmarkt. Die Notierungen des Vereins...

• Kanarack- und Verlagsanstalt Wessel & Naumann, Akt.-Ges., in...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

• Färberei Glauchau, Akt.-Ges., in Glauchau. Die Generalversammlung...

Devisen-Schlusskurse des Freiverkehrs vom 3. März, 6 Uhr abends

Devisen-Schlusskurse des Freiverkehrs vom 3. März, 6 Uhr abends

Devisen-Schlusskurse des Freiverkehrs vom 3. März, 6 Uhr abends

• Bremen, 1. März. Baumwoll 174, M.

• Leipziger Warenversteigerung vom 3. März. Auf der Leipziger...

Dr. Bergmanns Sauerstoffbad

Privatkapitalisten erhalten wichtige Börseninformationen

An der New Yorker Börse von 3. März eröffnete die Mark mit...

• Leipziger Warenversteigerung vom 3. März. Auf der Leipziger...







Faradit-Isolierrohrwerke Max Haas, Aktiengesellschaft, Reichenhain b. Chemnitz.

Gemäß § 21 der Gesellschafts-Satzungen werden die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft zu dem am Montag, den 4. April 1921, nachmittags 4 1/2 Uhr in den Gesellschaftsräumen des Chemnitz Bank-Vereins, Chemnitz, Johannisplatz 4 stattfindenden neunten ordentl. Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

- 1. Jahresbericht und Rechnungsabschluss für das Jahr 1920 und Beschlussfassung darüber.
2. Beschlussfassung über Entlastung der Verwaltung.
3. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns und über Genehmigung von Dividendenanteilen auf die an Aktien Serie B ausgeschütteten Beträge.
4. Beschlussfassung über den Antrag der Verwaltung:
a) das Grundkapital um 8 Millionen Mark zu erhöhen, zu diesem Zwecke 300 000 Stück Inhaberschuldverschreibungen im Nennwert von je 100 Mark zum Kursfuß unter Ausschuss des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre auszugeben mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1921; der Verwaltung die Modalitäten der Begebung der Aktien zu überlassen;
b) in Ermangelung des Beschlusses unter a, § 2 des Gesellschaftsvertrages zu ändern dahin, daß das Grundkapital 6 Millionen Mark und die Zahl der Stammmatien 4500 Stück betrage, die fortlaufenden Nummern der Aktien beider Serien 1-4000 tragen.
5. Wahl zum Aufsichtsrat.
Es handelt in diesem Jahre aus dem Aufsichtsrat Herr Dr. W. W. W.
Zur Ausübung des Stimmrechtes sind nach § 20 der Satzungen nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die spätestens am dritten Werktag vor dem Tage, an dem die Generalversammlung stattfindet, bis 6 Uhr abends bei dem Vorstand der Gesellschaft, bei einem Deutschen Anwalt oder beim Gemeinigen Amt-Rechtsanwalt in Chemnitz, bei der Dresdener Bank Chemnitz, Dresden und Leipzig, bei der Leipziger Bank in Leipzig oder bei der dortigen leitenden Verwaltungsgesellschaft der Reichsbank gegen eine Einzahlungsbetrag von 100 Mark, während der Generalversammlung hinterlegt lassen.

Reichenhain b. Chemnitz, am 19. Febr. 1921.
Faradit-Isolierrohrwerke Max Haas, Aktiengesellschaft, Reichenhain b. Chemnitz.
Der Vorstand: Max Haas, Wilhelm Haas.

Hobburger Quarz-Porphyr-Werke, Aktiengesellschaft, in Röhmsig, Bez. Leipzig.

Die Herren Aktionäre werden hierdurch zu der am Freitag, den 18. März 1921, nachm. 2 Uhr im Sitzungssaal der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig stattfindenden 22. ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

- 1. Vorlage der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung und des Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1920.
2. Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz und über die Gewinnverteilung.
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Verwaltung an den Vorstand und den Aufsichtsrat.
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
Gemäß § 12, Absatz 2 des Statutes haben sich Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, bei Beginn der Generalversammlung als Aktionäre durch Vorzeigen von Aktien oder von Depositscheinen über hinterlegte Aktien teils einer Behörde, eines Notars oder der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig, oder der Leipziger Bank in Leipzig, auszuweisen.
Röhmsig, den 21. Februar 1921.

Hobburger Quarz-Porphyr-Werke, Aktiengesellschaft.
Der Aufsichtsrat:
Freiherr von Schönberg-Thammenhain, Vorsitzender.

Die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am Freitag, den 22. März 1921, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Deutschen Bank Filiale Leipzig, Leipzig, stattfindenden ordentlichen General-Versammlung eingeladen.

Tagesordnung:

- 1. Bericht über das Geschäftsjahr 1920.
2. Vorlage der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.
3. Verwendung des Reingewinns.
4. Entlastung der Verwaltung an den Aufsichtsrat und den Vorstand.
5. Erhöhung des Grundkapitals auf RM. 3 200 000 durch Ausgabe von 1200 auf den Inhaber lautende Stammmatien zu je RM. 1000.- und Beschlussfassung über die Einzelheiten der Aktienbegebung.
6. Wenderung der Satzung, und zwar des § 6, Abs. 2 des Grundkapitals.
7. Wahl zum Aufsichtsrat.
Zur Teilnahme an der General-Versammlung sind alle diejenigen berechtigt, welche über Aktien bis spätestens 19. März d. J. bei unserer Gesellschaft oder bei der Deutschen Bank, Berlin oder beim Notar in Leipzig oder einer öffentlichen Behörde oder einem Notar hinterlegt haben und sich in der General-Versammlung durch einen Depositschein oder einer Hinterlegungsbescheinigung ausweisen.
Rudolph- und Bergmannsamt Wegel & Raumann, Aktien-Gesellschaft.
Der Aufsichtsrat: Dr. Schönfeld.

Färberei Glauchau Aktiengesellschaft, Glauchau in Sachsen. Bilanz für den 31. Dezember 1920.

Table with columns: Aktiva, Passiva, Debet, Kredit. Includes items like Einlagen, Aktienkapital, Gewinn-Vortrag, and various liabilities.

Glauchau i. Sa., den 31. Dezember 1920.
Färberei Glauchau Aktiengesellschaft.
Otto Ratz.

Die in der heutigen General-Versammlung auf 27. festgesetzte Dividende ist sofort zahlbar bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig und Glauchau sowie bei der Reichsbank, Abteilung der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Jena und dem Bankhaus S. Ratz in Danneberg.

Glauchau i. Sa., den 2. März 1921.
Färberei Glauchau Aktiengesellschaft.
Otto Ratz.

Färberei Glauchau Aktiengesellschaft, Glauchau i. Sa. Nach der in der heutigen ordentlichen General-Versammlung vorgenommenen Wahl besteht der Aufsichtsrat unserer Gesellschaft aus folgenden Herren:

- 1. Bürgermeister Paul Ernst, Glauchau, Vorsitzender,
2. Bankier S. Ratz, Danneberg, Stellvert. Vorsitzender,
3. Bankdirektor Paul Gebhardt, Jena,
4. Kommerzienrat Stephan Claus, Glauchau b. Mülla i. Sa.
Glauchau i. Sa., den 2. März 1921.
Färberei Glauchau Aktiengesellschaft.
Otto Ratz.



Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich.
We steht, wende man sich an
L. Minlos u. Co., Köln-Ehrenfeld
d. u. d. Vertreter: E. Mählenhant, Leipzig, Hohenzollernstr. 2, Fernspr. 8576.

Advertisement for Frankfurter Apfelwein, featuring the 'Ur-Rackles' brand and J. G. Rackles (Ur-Rackles) as the producer in Frankfurt a. Main.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der Donnerstag, den 24. März 1921, vormittags 11 1/2 Uhr, in Leipzig, Schillerstraße Nr. 5, 1. Obergeschoss, abzuhaltenden ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

- Tagesordnung:
1. Bericht über den vom Aufsichtsrat genehmigten Rechnungsabschluss für das Jahr 1920,
2. Erteilung der Entlastung an den Aufsichtsrat und den Vorstand der Gesellschaft.
3. Wahl zum Aufsichtsrat.
4. Beschlussfassung über Erhöhung des Grundkapitals um RM. 1 000 000.-, also von RM. 1 000 000.- auf RM. 2 000 000.- sowie über die Verteilung des Dividendenbetrages, zu welchem die neuen Aktien auszugeben sind, und über die sonstigen Modalitäten der Ausgabe der neuen Aktien.
5. Ermächtigung des Aufsichtsrats und Vorstands, nach Ausschüttung der Dividende des Grundkapitals von § 3 des Gesellschaftsvertrages, der vom Grundkapital Landrat, entsprechend abzuändern.
Rudern bei Seitz, den 21. Februar 1921.
Neubauer Ziegelwerke vorm. Clemens Dehnert, Aktiengesellschaft
Der Aufsichtsrat: Der Vorstand:
Frank, Vorst. Meißel, Vorst.

Wir laden die Mitglieder des Spar- und Bauvereins Leipzig-Nord e. V. m. b. H. zu der Montag, d. 14. März 1921, abends 7 Uhr, im hiesigen ersten ordentlichen Hauptversammlung nach der Wahl des Aufsichtsrats, im hiesigen ersten ordentlichen Hauptversammlung nach der Wahl des Aufsichtsrats, im hiesigen ersten ordentlichen Hauptversammlung nach der Wahl des Aufsichtsrats.

- Tagesordnung:
1. Bericht über die erste ordentliche Versammlung unserer Gesellschaft,
2. Geschäftsbericht, Bilanz und Bericht der Vermögensverwaltung, der Gewinn- und Verlustrechnung,
3. Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat,
4. Wahl zum Aufsichtsratsmitgliedern.
Sitzung ist nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches gestattet. Vermögensverwaltung, Gewinn- und Verlustrechnung liegen bei den Interessierten zur Einsichtnahme für die Mitglieder aus.
Leipzig-Gohlis, den 3. März 1921.
Die Vorsitzenden des Aufsichtsrats und des Vorstandes vom Spar- und Bauverein Leipzig-Nord e. V. m. b. H.
Wolff, Hermann, Leipzig-Gohlis, Postfach Nr. 12, 1.
Guth, Walter, Postfach Nr. 11, 1.

Wir laden die Mitglieder des Spar- und Bauvereins Leipzig-Nord e. V. m. b. H. zu der Montag, d. 14. März 1921, abends 7 Uhr, im hiesigen ersten ordentlichen Hauptversammlung nach der Wahl des Aufsichtsrats, im hiesigen ersten ordentlichen Hauptversammlung nach der Wahl des Aufsichtsrats, im hiesigen ersten ordentlichen Hauptversammlung nach der Wahl des Aufsichtsrats.

Advertisement for C.P.O.S. Canadian Pacific Ocean Services, featuring routes to Hamburg-Canada-St. John N.B. and direct services via Antwerpen.

Advertisement for Triglav Import-Export, featuring products from Jugoslavia and Russian states, with contact information for Dresden.

Advertisement for Erzie Schweizer Stickereifirma, featuring embroidery services and contact information for Leipzig.

Bewerkschaft Leipzig-Dölitzler Kohlenwerke, Leipzig-Dölitz.

Wir laden hiermit unsere Herren Gewerkschaftsmitglieder zu dem am Freitag, den 29. März 1921, vormittags 11 1/2 Uhr, in der Gastwirtschaft Rißler & Heibig in Leipzig, Schloßstraße 22/24, stattfindenden ordentlichen Gewerkschaftsversammlung eingeladen.

- Tagesordnung:
1. Vorlegung des Geschäftsberichts und Genehmigung der Jahresrechnung auf das Jahr 1920.
2. Beschlussfassung über Verteilung einer Dividende.
3. Entlastung des Grubenvorstandes.
4. Grubenvorstellung und Kapitalbeschaffung (Ausgabe neuer Aktien, Aufnahme eines Darlehens).
5. Satzungsänderung §§ 3 Erhöhung der Mitgliedschaft, - § 28 Abs. 24 und § 16, Aufhebung der Einleitung durch Beitritt, § 27 zu lesen 'Längst' statt 'Neuen'.
7. Anträge und Beschlüsse.
Leipzig-Dölitz, den 2. März 1921.
Der Grubenvorstand:
Peters, Vorsitzender.

Advertisement for 'Perle' jewelry, featuring diamonds and pearls, with contact information for Ernst Claub.

Advertisement for Silbergeräte (Silverware), featuring various silver items and contact information for Plösch.

Advertisement for Sackeltanzüge (Sack suits), featuring various styles and contact information for Barth.

Advertisement for Kontrollkasse (Control box), featuring various models and contact information for Berlin.

Advertisement for Wein, Sekt, bän. Mischflask. (Wine, Champagne, mixed bottles), featuring various brands and contact information for Berlin.

Advertisement for Geld- und Hypothekerverkehr (Money and mortgage transactions), featuring various services and contact information for Berlin.

Advertisement for Mietgefuche (Rental services), featuring various types of housing and contact information for Leipzig.

Advertisement for Zimmer (Rooms), featuring various types of accommodation and contact information for Leipzig.

Advertisement for Familien-Drucksachen (Family printing services), featuring various types of printed materials and contact information for Leipzig.